



Ausschuß für Kommunalpolitik

15. Sitzung (nicht öffentlich)

6. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.15 Uhr bis 16.50 Uhr

Vorsitzender: Friedrich Hofmann (SPD)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Grundsätze über die Förderung von Gewerbeflächen

1

StS Dr. Baedeker (MSKS) erstattet Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion an.

2 Gutachten Mummert + Partner zur Haushaltssituation der Stadt Essen

Auf Antrag der Fraktion der GRÜNEN

Vorlage 12/1062

5

Direktor Heinrich (Mummert + Partner) trägt vor. Daran schließt sich eine Diskussion mit ihm, Minister Kniola und MD Held (IM) an.

3 Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Bestellung von Sicherheiten zugunsten Dritter durch Gemeinden

Vorlage 12/844

Ohne Diskussion stimmt der Ausschuß der Vorlage 12/844 zu.

4 Aufgaben- und Finanzverantwortung zusammenführen, Sozialhilfe ortsnah regeln!

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/1274

Vorlage 12/871

14

Der Ausschuß kommt überein, zu dem Antrag nach dessen Aktualisierung die kommunalen Spitzenverbände um schriftliche Stellungnahme zu bitten. Der Antrag soll in der Ausschußsitzung im Februar 1997 erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

5 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1202

Vorlagen 12/800, 12/816

15

Diskussion mit StS Riotte und MD Held (IM).

Anträge zum Haushalt werden in der Sitzung am 27. November 1996 gestellt.

6 Sanierung und Modernisierung vor Neubau von Sportanlagen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1179
Vorlage 12/941

18

Nach Diskussion wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

7 Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren auch in NRW umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1186

19

Nach Diskussion einigt sich der Ausschuß darauf, den Antrag in der Sitzung am 27. November 1996 erneut zu behandeln.

**8 Infrastruktur erhalten und ausbauen, Arbeitsplätze sichern und schaffen
Private Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen für Investitionen und Arbeitsplätze nutzen!**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1187

20

Nach Diskussion wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

9 Offensive für Existenzgründungen und Betriebsübernahmen von Frauen durch kommunale Wirtschaftsförderung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1232

21

Nach Diskussion wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

10 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen (3. AFWoÄndG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1277

22

Nach kurzer Diskussion wird dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU zugestimmt.

Nächste Sitzung: 27. November 1996

* * *

von Herrn Groth für ehrlicher, der angedeutet habe, daß Frauenförderung der Hof sei, auf dem seine Partei krähe/gackere, und daß ihm der Antrag nicht in den Kram passe.

Das Argument, die CDU-Fraktion wolle die Regionalstellen Frau und Beruf abschaffen, sei wenig weiterführend. Sie sei wohl dafür, daß diese weiterarbeiteten, sie könnten aber, wie Mummert + Partner am Beispiel Essen belegt hätten, nicht aufgestockt werden. Deshalb solle das Geld direkt dem Einzelfall zukommen.

Was das Risikokapital betreffe, schlage er vor, daß sich die Ausschußmitglieder einmal untereinander austauschten, was darunter zu verstehen sei.

**10 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen
 (3. AFWoÄndG NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1277

Albert Leifert (CDU) äußert, vom Ordnungsprinzip sei gegen den Gesetzentwurf nichts einzuwenden.

Bisher sei die Fehlsubventionierung im GFG, einem jährlichen Gesetz, enthalten, so daß der Landtag jährlich die Verwaltungskostenbeiträge an die Gemeinden habe anpassen können. Wenn dafür nun ein eigenes Gesetz geschaffen werde, sei für jede Anpassung eine Novellierung notwendig. Da im Gesetz Festbeträge stünden, müsse nach zwei bis drei Jahren eine Anpassung erfolgen. Die Novellierungen könnten entfallen, wenn sich der Ausschuß entschlösse, die Fehlsubventionierung in einem Artikel des GFG zu regeln.

Jürgen Thulke (SPD) kündigt die Zustimmung seiner Fraktion an.

gez. Friedrich Hofmann
Vorsitzender